

INHALT

Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1967/68	397
Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Handel und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel	
Die internationale Konjunktur	453
Ergebnisse der Herbsthebung des Investitionstestes	463
Statistische Übersichten: Österreichische und Internationale Wirtschaftszahlen	

Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1967/68

Brutto-Nationalprodukt im III. Quartal nur um 1,7% höher als im Vorjahr — Leicht steigende Arbeitslosigkeit — Weitere Abschwächung der heimischen Nachfrage — Aktive Zahlungsbilanz; wachsende Liquidität der Kreditunternehmen — Dämpfung des Preis-Lohn-Auftriebes — Vorschau auf 1968

Die österreichische Konjunktur hat sich in den letzten Monaten weiter abgeschwächt. Die Wachstumsrate des realen Brutto-Nationalproduktes sank im III. Quartal unter 2%, obwohl die Agrarproduktion kräftig stieg. Industrie und andere konjunkturabhängige Zweige erreichten nicht oder nur knapp den Vorjahresstand. Die Arbeitslosigkeit, die sich bis Sommer in engen Grenzen hielt, hat seit September eine leicht steigende Tendenz.

Die Konjunkturlaute hat zur Zeit ausschließlich binnenwirtschaftliche Ursachen. Die privaten Haushalte schränkten ihre Ausgaben für langlebige Konsumgüter ein, da die Masseneinkommen nicht mehr so stark wuchsen wie bisher und die Arbeitsplätze in vielen Wirtschaftszweigen nicht mehr gesichert erscheinen. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken seit Jahresmitte unter den Vorjahresstand. Die Bauwirtschaft war auch im Sommer und Herbst nicht voll ausgelastet, obwohl größere öffentliche Aufträge vergeben wurden. Industrie und Handel sind weiterhin bestrebt, Vorräte abzubauen.

Die wichtigsten Konjunkturstützen sind gegenwärtig das Bundesbudget und die Außenwirtschaft. Der Bund weitete trotz konjunkturbedingten Einnahmeausfällen seine Ausgaben stark aus und nahm ein hohes Budgetdefizit in Kauf. Die Exporte steigen anhaltend kräftig, obwohl die Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern nach wie vor schwach ist. Dagegen sanken die Importe seit dem Sommer unter den Vorjahresstand. Trotz mäßigen Fremdenverkehrseinnahmen hat sich die laufende Zahlungsbilanz merklich verbessert. Da weiterhin viel Auslandskapital importiert wird, zeichnet sich ein größerer Zahlungsbilanzüberschuß ab. Die Kreditunternehmen sind flüssiger geworden.

Die mäßigen Produktions- und Umsatzergebnisse im Sommer und Herbst sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit lösten die Befürchtung aus, daß im Winter eine empfindliche Verschlechterung der Konjunktur drohe. Ein solcher Konjunkturpessimismus wird durch die verfügbaren statistischen Daten und qualitativen Informationen nicht gestützt. Zwar muß

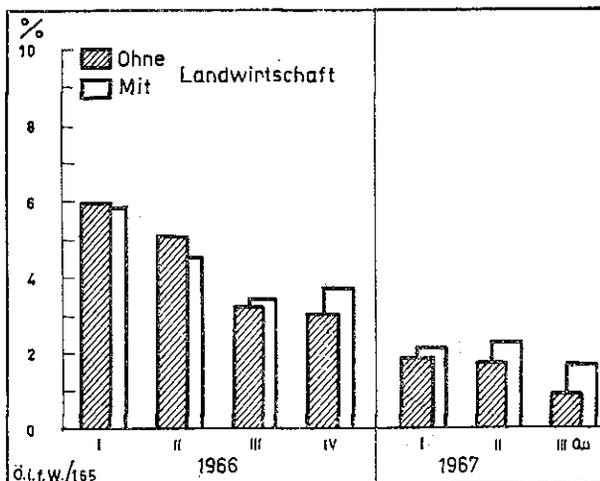
mit einer größeren Winterarbeitslosigkeit gerechnet werden als in den letzten Jahren. Verschiedene andere Symptome, wie die lebhafteren Umsätze im Groß- und Einzelhandel gegen Jahresende, die etwas günstigere Lagerbeurteilung der Industrie, einzelne Branchenberichte sowie verschiedene konjunkturfördernde Maßnahmen der Wirtschaftspolitik lassen vielmehr hoffen, daß die österreichische Wirtschaft ohne weitere größere Wachstumsverluste im Laufe des nächsten Jahres Anschluß an die Weltkonjunktur finden wird.

Der Lohnauftrieb wurde seit Jahresmitte merklich schwächer. Dennoch ging die Preissteigerungsrate nur zögernd zurück, da im Herbst neuerlich amtlich geregelte oder kontrollierte Preise erhöht wurden. Die Lohnwelle 1968 dürfte nach den bisherigen Verhandlungsergebnissen schwächer ausfallen als die letzte, doch zeichnet sich vorerst noch keine Stabilisierung der Lohnkosten ab.

Brutto-Nationalprodukt im III. Quartal nur um 1,7% höher als im Vorjahr

Das reale Brutto-Nationalprodukt war im III. Quartal nach vorläufigen Berechnungen um 1,7% höher als im Vorjahr. Die weitere Wachstumsverzögerung (im 1. Halbjahr betrug die Wachstumsrate 2,2%) ging hauptsächlich darauf zurück, daß die Industrieproduktion sank und einige andere Zweige der gewerblichen Wirtschaft (Handel, Verkehr) geringere Leistungszuwächse hatten als bisher. Nur die Agrarproduktion stieg anhaltend kräftig. Insgesamt zeichnet sich für 1967 ein reales Wirtschaftswachstum von 2% (im nichtlandwirtschaftlichen Bereich 1,5%) ab.

Zuwachs des realen Brutto-Nationalproduktes



Das reale Brutto-Nationalprodukt war im III. Quartal 1967 um 1,7% (ohne Land- und Forstwirtschaft um 0,9%) höher als im Vorjahr. Die seit dem I. Quartal 1966 anhaltende Tendenz abnehmender Zuwachsraten (insbesondere ohne Land- und Forstwirtschaft) setzte sich damit fort.

Reales Brutto-Nationalprodukt

Zeit	Reales Brutto-Nationalprodukt	
	Ins-gesamt	Ohne Land- und Forstwirtschaft
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ø 1965	+2,4	+4,3
Ø 1966	+4,3	+4,2
1967, I Quartal	+2,1	+1,8
II	+2,3	+1,7
III	+1,7	+0,9

Die Industrie erzeugte von Juli bis Oktober um 1% weniger als im Vorjahr (1 Halbjahr +0,5%). Der strukturell notleidende Bergbau (Juli bis Oktober -5%), aber auch Eisenerzeugung (-10%) und Gießereien (-15%) mußten ihre Produktion weiter einschränken. Die Erzeugung fertiger Investitionsgüter (+1%) schwankt kurzfristig je nach den Auslieferungen größerer Aufträge (die geringen Auftragsbestände erlaubten oft nicht mehr eine kontinuierliche Produktion). Sie erholte sich im Frühjahr, sank im Sommer unter den Vorjahresstand und dürfte sich im Herbst dank größeren Exportlieferungen wieder etwas belebt haben. Im Konsumgüterbereich konnte bisher die Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln (+1%) sowie vor allem die von Verbrauchsgütern (+6%) ausgeweitet werden. Dagegen waren die Bekleidungsbranchen (-5%) und auch die Erzeuger langlebiger Konsumgüter (-4,5%) genötigt, ihre Produktion zunehmend zu drosseln. Die Belebung der Grundstoffproduktion (+5,5%), die sich im Laufe des Jahres dank einer steigenden Nachfrage nach chemischen Grundstoffen und Mineralölprodukten abzeichnete, scheint in jüngster Zeit wieder abzuklingen.

Industrieproduktion

Zeit	Bergbau und Grundstoffe	Investitionsgüter	Konsumgüter
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1965	+3,4	+1,2	+4,6
Ø 1966	+3,4	+2,7	+4,8
1967 I Quartal	-0,7	-4,2	+2,3
II	+0,8	+0,5	+0,8
Juli bis Oktober	+2,6	-3,0	-0,1

Die Erwartungen der Industrie sind nach wie vor ziemlich pessimistisch. Im Konjunkturtest zu Ende Oktober gaben 65% (im Vorjahr nur 49%) der Unternehmungen an, daß sie mit den verfügbaren Arbeitskräften und Kapazitäten mehr produzieren könnten, wenn zusätzliche Aufträge eingingen. Der Anteil der Firmen, die über zu niedrige Auftragsbestände klagen, ist zwar seit dem Frühjahr nicht mehr gestiegen, war aber mit 45% nach wie vor ziemlich hoch. Die Fertigwarenbestände der Industrie (vor allem an Konsumgütern) wurden seit dem Sommer etwas abgebaut.

Die Landwirtschaft konnte ihre Produktion kräftig ausweiten Dank günstigen Witterungsbedin-

gungen wurden ausgezeichnete Ernten an Getreide (+10%) und Wein (voraussichtlich +80%) erzielt. Obst wurde insgesamt gleich viel geerntet. Dagegen gab es nach vorläufigen Angaben weniger Kartoffeln (-5%), Zuckerrüben (-13%), Futterrüben (-4%) und Heu (-3%). Der Rohertrag aus der Pflanzenproduktion dürfte 1967 um etwa 6% höher sein als 1966. Die tierische Produktion setzte ihren Aufschwung fort. Von Juli bis Oktober kam um 18% mehr Fleisch und um 8% mehr Milch auf den Markt als im Vorjahr.

Die steigende Agrarproduktion senkt den Einfuhrüberschuß an landwirtschaftlichen Produkten, wirkt aber schwierige Probleme der Überschußverwertung auf. Von der Marktleistung an Weizen (voraussichtlich 732.000 t) werden im Wirtschaftsjahr 1967/68 nur 66% (480.000 t) im Inland vermahlen werden. Da noch Vorräte aus der letzten Ernte bestehen, will man 283.000 t Normalweizen (im Wirtschaftsjahr 1966/67 158.000 t) denaturieren und verbilligt als Futtermittel (an Stelle von Importmais) abgeben. 50.000 t Qualitätsweizen sollen auf Lager gelegt werden. Der Milchüberschuß (zur Zeit etwa ein Viertel der Marktleistung) wird zu Milchprodukten verarbeitet und zu Preisen exportiert, die zum Teil (Butter, Milchpulver) beträchtlich unter den Inlandspreisen liegen. Um den Bedarf an öffentlichen Stützungsmitteln zu begrenzen und die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion besser den Absatzmöglichkeiten anzupassen, werden Produzentenbeiträge zur Verwertung der Weizen- und Milchüberschüsse eingehoben und Preisstützungen abgebaut oder gekürzt (Trockenmagermilch, Düngemittel). Die Milchverarbeitung soll durch Konzentration auf leistungsfähige Betriebe verbilligt werden.

Die Forstwirtschaft schlugerte im III. Quartal um 5% (im 1. Halbjahr um 9%) mehr Holz als im Vorjahr, da das Katastrophenholz vom Winter 1966/67 aufgearbeitet werden mußte. Das steigende Angebot vergrößerte die Vorräte und drückte auf die Preise. Sägerundholz war (in Oberösterreich) um 19% und Schleifholz um 11% billiger als 1966. Die Sägen verschnitten im III. Quartal um 2% weniger als im Vorjahr. Die Einbußen im Schnittholzexport (-5%) konnten durch größere Verkäufe im Inland (+6%) nicht voll ausgeglichen werden.

Die Bauwirtschaft konnte trotz größeren öffentlichen Aufträgen den Rückstand vom 1. Halbjahr (-1%) nicht wettmachen. Die Bauleistungen waren im III. Quartal nur um 2% höher als im Vorjahr und schöpften die Kapazität des Baugewerbes nicht voll aus. Der Bedarf an Saisonarbeitskräften

wird zunehmend durch Gastarbeiter gedeckt. Im III. Quartal waren 20.200 ausländische Kontingentarbeiter tätig, um 2.600 mehr als im Vorjahr. Dagegen sank die Zahl der heimischen Arbeitskräfte um 2,7%. In der Baustoffindustrie stauten sich größere Vorräte.

Leistungen wichtiger Wirtschaftszweige

Zweig	Ø 1966	I. Qu. 1967	II. Qu. 1967	III. Qu. 1967
Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Industrie	+4,2	+0,3	+1,0	-0,8 ¹⁾
Baugewerbe	+6,0	-2,0	+0,0	+2,0
Güterverkehr	+2,5	-4,5	+0,6	+1,2
Großhandel	+5,4	+1,3	+2,1	+1,7 ¹⁾
Einzelhandel	+3,6	+5,1	+0,7	+2,2 ¹⁾
Fremdenverkehr	+4,1	+15,4	-8,3	-3,7 ¹⁾
Forstwirtschaft	-3,6	+3,7	+13,1	+5,2

¹⁾ Juli bis Oktober

Von den übrigen Wirtschaftszweigen erwies sich das produzierende Gewerbe weniger rezessionsanfällig als die Industrie. Das Großgewerbe erzeugte im III. Quartal ebenso wie im 1. Halbjahr um 3% mehr als im Vorjahr. Besonders das chemische, graphische und holzverarbeitende Gewerbe erzielte größere Leistungssteigerungen. Der Handel litt unter der schwachen Konsumgüternachfrage und dem geringen Importbedarf. Die realen Umsätze waren im III. Quartal im Großhandel nur um 0,5% und im Einzelhandel um 2% höher als im Vorjahr, belebten sich aber im Oktober wieder (Großhandel +5½%, Einzelhandel +3%). Die Verkehrsleistungen überschritten nur knapp den Vorjahresstand (im III. Quartal +0,5%). Die Bundesbahnen beförderten weniger Güter und hatten geringere Erlöse, wogegen sich die Schifffahrt auf der Donau relativ günstig entwickelte. Die Straßentransporte wuchsen nicht mehr so kräftig wie bisher. Der Fremdenverkehr erlitt im Sommer zum ersten Male seit Kriegsende einen Rückschlag. Die Zahl der Nächtigungen war von Juli bis Oktober um 4% niedriger als im Vorjahr. Die Ausfälle entstanden ausschließlich im Ausländer-Fremdenverkehr (besonders aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien kamen weniger Gäste). Die Inländerbesuche nahmen etwas zu (+2%), obgleich der Trend zu Auslandsaufenthalten anhielt.

Leicht steigende Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsmarkt wurde bis zum Herbstbeginn von der Konjunkturlaute nur am Rande betroffen. Obwohl das Stellenangebot schrumpfte, konnten Arbeitskräfte, die von der Industrie und anderen konjunktur reagiblen Zweigen freigesetzt wurden, relativ kurzfristig und meist im örtlichen Bereich einen neuen Arbeitsplatz finden. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden war im Sommer nur um etwa 2.000 höher als im Vorjahr.

Seit Herbstbeginn hat jedoch die *Arbeitslosigkeit* eine leicht steigende Tendenz. Mitte Dezember gab es um 10.100 Arbeitssuchende mehr als im Vorjahr. Davon waren 3.600 Bauarbeiter, 1.400 Metallarbeiter und 900 Textil- und Bekleidungsarbeiter. Aber auch in den meisten anderen Berufsgruppen lag die Arbeitslosigkeit über dem Vorjahresstand. In den kommenden Monaten werden vor allem größere Freisetzen in der Bauwirtschaft und in anderen saisonabhängigen Wirtschaftszweigen befürchtet. Die Bauwirtschaft dürfte im Gegensatz zu den letzten Jahren kaum bereit sein, nicht benötigte Arbeitskräfte in den Wintermonaten zu halten. Auch wurden im Sommer nur verhältnismäßig wenige Rohbauten fertiggestellt, so daß es an Anschlußaufträgen für Innenarbeiten fehlt. Der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe wird sich allerdings nicht voll in den Arbeitslosenzahlen widerspiegeln, da die ausländischen Saisonarbeiter im Winter in ihre Heimat zurückkehren. Um die Winterarbeitslosigkeit zu begrenzen, wurden in den letzten Wochen zusätzliche öffentliche Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt, die teilweise im Winter verbaut werden können oder zumindest das Anlaufen der Frühjahrssaison erleichtern werden. Die Dienststellen des Bundes bereiten bereits ihre Bauprogramme für 1968 vor.

Arbeitslage

Zeit	Beschäftigte		Arbeitssuchende	Offene Stellen
	Insgesamt	Industrie		
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1 000 Personen			
1966, Dezember	-19,3	-16,2	-5,3	+1,1
1967, April	-32,2	-17,8	+2,6	-12,1
Juli	-36,7	-22,4	+1,9	-18,0
Oktober	-9,2	-21,2	+6,2	-20,0
November	-17,5		+7,2	-18,3

Die Verschlechterung der Arbeitslage in den letzten Monaten spiegelt sich auch in der *Beschäftigung*. Ende November waren 17.500 weniger Unselbständige beschäftigt als im Vorjahr, obgleich seit Herbst wieder ein voller Jahrgang Jugendlicher zur Verfügung steht (im September und Oktober hatte der Abstand zum Vorjahr nur 9.000 bis 10.000 betragen). Am stärksten hat bisher die Industrie Personal abgebaut. Sie beschäftigte Ende Oktober um 21.200 oder 35% weniger als im Vorjahr. Die Bergwerke hatten um 11%, die Eisen- und Metallindustrie um 32% und die verschiedenen Bekleidungsbranchen um 58% weniger Personal. Der Abbau in der Industrie hatte zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit in Bundesländern mit hoher Industriedichte oder zahlreichen Industrieneugründungen stärker stieg als im übrigen Bundesgebiet. Gleichzeitig wurde die Arbeitszeit verkürzt. Je Industriearbeiter wurden 2% (im 1. Halbjahr 0,9%) weniger Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr.

Die Produktivität der Industrie stieg weiter ziemlich kräftig. Von Juli bis Oktober wurde je Beschäftigten um 3,3% und je Arbeitsstunde um etwa 5% mehr erzeugt als im Vorjahr. Dennoch dürfte es in vielen Betrieben noch größere Reserven von Arbeitskräften geben, die nur zum Teil durch Aufnahmesperren und vorzeitige Pensionierung abgebaut werden können. Wenn sich die Produktion nicht in absehbarer Zeit belebt, werden daher weitere Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Weitere Abschwächung der heimischen Nachfrage

Das Wachstum des privaten Konsums hat sich im III. Quartal weiter abgeschwächt. Die Konsumenten gaben real nur um 2,5% (nominell um 6%) mehr für Konsumzwecke aus als im Vorjahr, gegen 3,5% im 1. Halbjahr und 5% im Jahr 1966. Schwächer als bisher entwickelte sich vor allem die Nachfrage nach langlebigen Gütern und nach gehobenen Dienstleistungen. Die realen Zuwachsraten sanken in der Ausgabengruppe Bildung, Unterhaltung und Erholung von 9% (1. Halbjahr) auf 6% (III. Quartal) und in der Gruppe Verkehr (hauptsächlich infolge geringerer Anschaffungen von Personenkraftwagen) von 8% auf 6%. Wohnungseinrichtungen und Hausrat (vor allem Möbel) wurden absolut weniger gekauft (-5%) als im Vorjahr. Der Konsum von Nahrungsmitteln (+3%) und Bekleidungsgegenständen (+1,5%) nahm weiter nur mäßig zu.

Gegen Jahresende scheint sich allerdings der private Konsum etwas erholt zu haben. Der Einzelhandel, auf den etwa die Hälfte der Konsumausgaben entfällt, erzielte im Oktober (real +3%) etwas höhere Umsatzzuwächse als im III. Quartal (+2%). Im November und Dezember dürften die Lohnsteuersenkung und Spekulationen anlässlich der Pfund-Abwertung zu höheren Ausgaben angeregt haben. Dennoch wird der reale Konsum im Jahr 1967 voraussichtlich nur um 3,4% zunehmen, gegen 5% im Jahr 1966.

Privater Konsum und Einzelhandelsumsätze

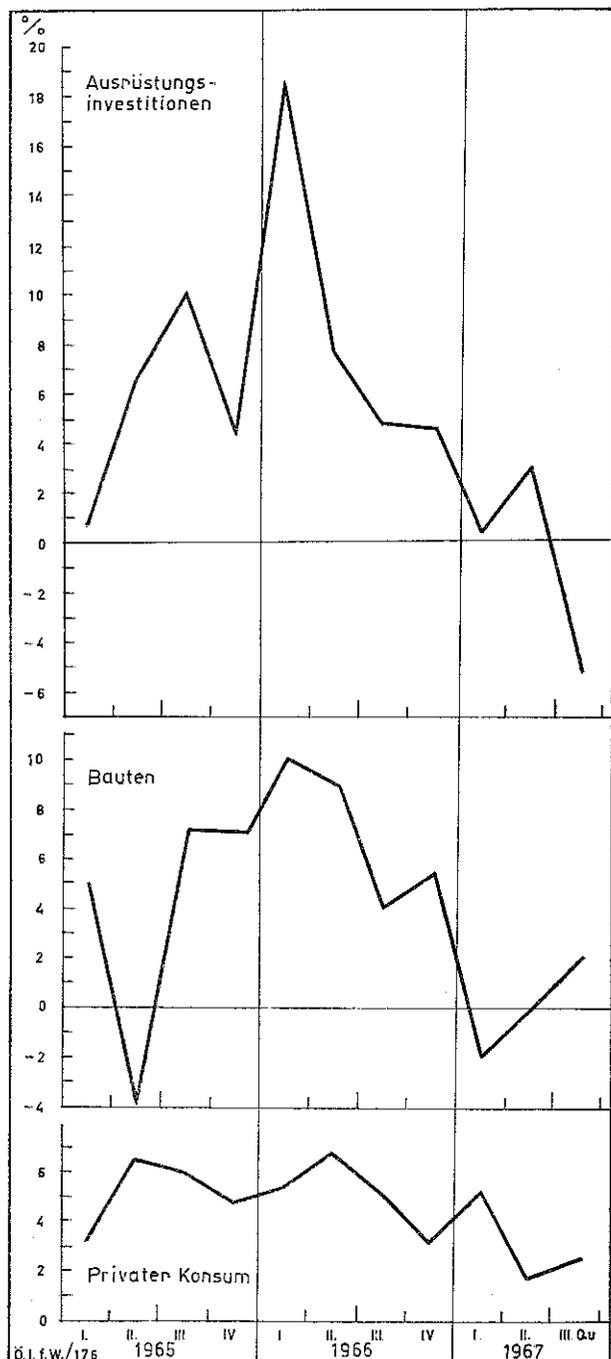
Zeit	Privater Konsum	Einzelhandelsumsätze	
		Insgesamt	Langlebige Güter
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1965	+5,1	+3,2	+5,7
Ø 1966	+5,1	+3,6	+6,6
1967, I. Quartal	+5,2	+5,1	+5,0
II. "	+1,8	+0,7	-0,7
III. "	+2,6	+2,2 ¹⁾	-0,6 ¹⁾

¹⁾ Juli bis Oktober.

Die Dämpfung des Konsumauftriebes hängt vor allem damit zusammen, daß die Masseneinkommen (netto) im III. Quartal nur noch um 7% höher waren als im Vorjahr, gegen 9% im 1. Halbjahr. Ferner dürften die Selbständigen ihren Konsum kaum noch ausge-

weitert haben. Über die Entwicklung der Sparquote fehlen verlässliche Informationen, doch scheint die Unsicherheit über die künftige Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung die Konsumneigung gedämpft zu haben. (Nach Befragungen des Gewerkschaftsbundes hat sich der Anteil der Arbeitnehmer, die die Vollbeschäftigung für gefährdet halten, zwischen Frühjahr und Herbst 1967 merklich erhöht.)

Investitionen und privater Konsum



Die Ausrüstungsinvestitionen erlitten im III. Quartal einen Rückschlag. Auch der Auftrieb des privaten Konsums schwächte sich weiter ab (die niedrige Zuwachsrate im II. Quartal erklärt sich aus Verschiebungen im Ostertermin).

Die Konsumenten verschuldeten sich nur wenig (erst im Oktober wurden wieder etwas mehr Teilzahlungskredite beansprucht) und legten seit Jahresmitte wieder mehr auf Sparkonten ein. Nach der Pfundabwertung wurden zwar Spargelder abgezogen, doch hielten sich die spekulativen Reaktionen in ziemlich engen Grenzen.

Die Brutto-Anlageinvestitionen waren im III. Quartal real um 1% niedriger als im Vorjahr. Bauten und Ausrüstungsinvestitionen hatten eine gegenläufige Tendenz. Dank größeren öffentlichen Aufträgen konnte real um 2% mehr gebaut werden, wogegen die Ausrüstungsinvestitionen um 5% unter den Vorjahresstand sanken (im 1. Halbjahr lagen sie noch um 18% darüber). Es wurden 3% weniger Maschinen und Elektrogeräte sowie 13% weniger Straßenfahrzeuge angeschafft. Die Investitionsaufträge verteilen sich sehr unterschiedlich auf heimische und ausländische Güter. Im Vorjahr kam die lebhafteste Investitionstätigkeit hauptsächlich ausländischen Lieferanten zugute, im 1. Halbjahr verlagerten sich die Aufträge zugunsten heimischer Lieferanten, vom Rückgang im III. Quartal wurden Importe und heimische Produktion etwa gleich stark betroffen. Die Schwankungen in der Importquote erklären sich größtenteils aus Umschichtungen im Investitionsvolumen: Bauwirtschaft und Industrie sind zu einem hohen Prozentsatz auf ausländische Investitionsgüter angewiesen, wogegen Bund und Elektrizitätswirtschaft hauptsächlich heimische Investitionsgüter beziehen.

Brutto-Anlageinvestitionen

Zeit	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Insgesamt	Bauten	Ausrüstung
Ø 1965	+4,7	+3,6	+5,6
Ø 1966 ..	+7,3	+6,4	+8,1
1967, I. Quartal	-0,4	-2,0	+0,4
II.	+1,6	0,0	+2,9
III.	-1,3	+2,0	-5,3

Insgesamt dürften 1967 die Brutto-Investitionen real nur etwa gleich hoch sein wie im Vorjahr (1966 hatten sie noch um 7% zugenommen). Wichtige Wirtschaftszweige investierten weniger. Die Industrie scheint ihre Investitionsaufträge noch stärker eingeschränkt zu haben, als im Frühjahr erwartet wurde. Nach den vorläufigen Angaben im Investitionstest vom Herbst investierte die Industrie 1967 um 13% weniger als 1966. Die sukzessiven Korrekturen der Investitionserwartungen für 1967 (Herbst 1966 -7%, Frühjahr 1967 -11%, Herbst 1967 -13%) spiegeln deutlich die Verschlechterung der Industriekonjunktur. Noch stärker als die Industrie drosselte die Bauwirtschaft ihre Investitionen (-33% nach den Meldungen der Firmen). Bemerkenswerterweise hat auch die Landwirtschaft weniger Traktoren und Land-

maschinen angeschafft (I. bis III. Quartal real —7%), obschon sie dank guten Ernten und einer wachsenden tierischen Produktion höhere Erträge erzielte. Besonders empfindlich reagierte ähnlich wie in früheren Konjunkturflauten das Fuhrgewerbe. Es kaufte in den ersten drei Quartalen 1967 um 26% weniger Lastkraftwagen als im Vorjahr (in der Konjunkturflaute 1962 betrug der Rückgang 22,5%).

Ergebnisse des Investitionstestes Ende 1967

	Investitionen	
	1967	1968
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Industrie insgesamt	—13	— 7
Grundstoffe	—15	+11
Investitionsgüter	—20	— 9
Konsumgüter	— 4	—14
Bauwirtschaft	—33	—16
E-Wirtschaft	+ 7	+ 6

Von den übrigen Wirtschaftszweigen, für die Daten vorliegen, hat nur die Elektrizitätswirtschaft mehr investiert als im Vorjahr (+7% laut Investitionstest). Daß trotz den Investitionseinschränkungen der wirtschaftlichen Unternehmungen die gesamten Anlageinvestitionen etwa den Vorjahresstand behaupten konnten, war Mehrausgaben der öffentlichen Hand, insbesondere dem „Investitionsstoß“ des Bundes zu danken, der seine Investitionspläne (+20%) voll realisierte, obschon sich ein unerwartet hohes Budgetdefizit abzeichnete.

Starke konjunkturdämpfende Einflüsse gingen bisher von der Lagerwirtschaft aus. Sofern die Vorräte nicht gegen Jahresende noch ergänzt werden, dürften sie 1967 nur um etwa 1,5 Mrd. S gestiegen sein, wobei fast der gesamte Zuwachs auf landwirtschaftliche Produkte (höhere Vorräte an Brotgetreide und Wein dank guten Ernten, höhere Holzvorräte) entfällt. 1966 dagegen war der Lageraufbau mit 5,6 Mrd. S, ähnlich wie in den meisten westeuropäischen Ländern, besonders stark. Die Tendenz, Vorräte abzubauen, läßt sich an verschiedenen Symptomen nachweisen. Die Umsätze des Groß- und Einzelhandels stiegen in den ersten zehn Monaten (+4% und +5%) stärker als die Wareneingänge (+2,5% und +3%). Die Einfuhr an Rohstoffen (ohne Brennstoffe) war um 7% niedriger, die Industrieproduktion um fast 1% höher als im Vorjahr (1966 wuchsen die Rohstoffimporte um 6% und die Industrieproduktion um 4%). Am wenigsten gelang es bisher der Industrie, ihre Fertigwarenbestände den Absatzverhältnissen anzupassen. Da mehr produziert wurde, als verkauft werden konnte, stauten sich zunächst bei den Erzeugerfirmen größere Fertigwarenbestände. Allerdings zeichnet sich auch hier bereits eine Tendenzumkehr ab. (Die Lagerbeurteilung der

Firmen ist nach den bisherigen Erfahrungen ein wichtiger Indikator für die künftige Industriekonjunktur.)

Aktive Zahlungsbilanz — wachsende Liquidität der Kreditunternehmungen

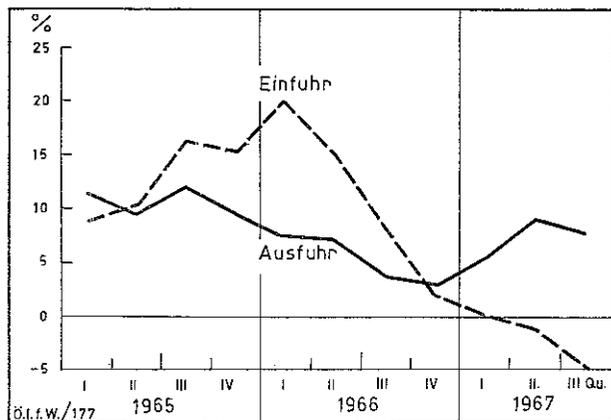
Im Außenhandel setzte sich die gegenläufige Entwicklungstendenz von Exporten und Importen fort. Die Ausfuhr lag von Juli bis Oktober um 9% (im 1. Halbjahr um 7%) über dem Vorjahresstand. Der Exportzuwachs war hauptsächlich Fertigwaren (+12%) und Nahrungsmitteln (+42%) zu danken. Die Exporte von halbfertigen Waren wuchsen nur mäßig (+3%), der Rohstoffexport ging (—4%) weiter zurück. Warenstruktur und Zielländer des Fertigwarenexportes lassen erkennen, daß die heimische Industrie versuchte, neue Märkte aufzuspüren und alle sich bietenden Absatzchancen auszunützen, auch wenn die Erlöse nur die Grenzkosten decken. Die Maschinenindustrie (Exportzuwachs Juli bis Oktober +13%) konnte den Absatzrückgang im Inland und auf verschiedenen westeuropäischen Märkten durch Mehrexporte nach Übersee (China, USA, Kanada, Iran, Argentinien) sowie nach Osteuropa ausgleichen. Elektrogeräte (+9%) wurden nach Großbritannien, Jugoslawien und in den Iran in weit größeren Mengen geliefert als bisher Kautschukwaren (+16%), Papier (+11%) und Schuhe (+40%) fanden in Osteuropa und zum Teil in der EFTA zusätzlichen Absatz, Metallwaren (+10%) wurden vor allem nach Nord- und Südamerika mehr ausgeführt. Die Exporte von Textilien (+12%) verlagerten sich von der EWG auf die EFTA.

Struktur der Ausfuhr

Zeit	Nahrungs- u. Genuß- mittel	Roh- stoffe	Halb- fertig- waren	Fertig- waren	Ins- gesamt	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1965	+31,1	+8,6	+6,8	+11,3	+10,6					
Ø 1966	— 8,8	—1,0	+9,0	+ 6,7	+ 5,2					
1967. I. Quartal	+26,6	+2,6	+4,6	+ 4,4	+ 5,2					
II „	+52,2	—6,5	+5,1	+11,3	+ 8,9					
Juli bis Okt	+42,1	—4,4	+2,6	+12,5	+ 8,6					

Die Einfuhr lag von Juli bis Oktober um 4% unter dem Vorjahresstand (im 1. Halbjahr hatte sie ihn knapp erreicht). Ihr Rückgang erstreckte sich auf fast alle Obergruppen Fertigwaren wurden um 2%, Rohstoffe um 8% sowie Nahrungs- und Genußmittel um 15% weniger eingeführt. Nur der Import von Halbfertigwaren war infolge größerer Bezüge im Oktober etwas höher als im Vorjahr (+0,5%).

Einfuhr und Ausfuhr



Die Warenausfuhr expandierte auch im III. Quartal kräftig. Die Importe hatten weiter eine rückläufige Tendenz und sanken unter den Vorjahresstand.

Die Einfuhr lag im Sommer und Herbst 1967 beträchtlich unter dem Normalwert, der auf Grund der längerfristigen Beziehungen zwischen ihr und dem Nationalprodukt zu erwarten war. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß dank hohen Getreideernten und reichlichem Fleischangebot weit weniger ausländische Agrarprodukte benötigt wurden als in den letzten Jahren. Außerdem scheint die Einfuhr konjunktur reagibler geworden zu sein, seit Investitionsgüter und technische Konsumgüter an Bedeutung gewinnen. Die Investitionsflaute verringerte den Bedarf an ausländischen Investitionsgütern, die Verflachung des Konsumauftriebes dämpfte vor allem die Nachfrage nach Personenkraftwagen und anderen langlebigen Konsumgütern, die zu einem relativ großen Teil im Ausland bezogen werden.

Struktur der Einfuhr

Zeit	Nahrungs- u. Genussmittel	Rohstoffe	Halbfertigwaren	Fertigwaren	Insgesamt
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Ø 1965	+23,2	+1,0	+9,6	+16,5	+12,8
Ø 1966	+3,8	+5,3	+13,3	+13,6	+10,8
1967 I. Quartal	-16,7	-5,2	-0,3	+6,3	+0,0
II. "	-3,5	-3,3	-2,9	+1,0	-1,0
Juli bis Okt.	-15,4	-7,6	+0,5	-2,0	-4,0

Die gegenläufige Entwicklung von Exporten und Importen entlastete die Handelsbilanz. Der Einfuhrüberschuß war von Juli bis Oktober mit 3.006 Mill. S um 2.101 Mill. S niedriger als im Vorjahr und der niedrigste seit 1963. Obwohl die Dienstleistungen mit 5.014 Mill. S um 583 Mill. S geringere Erträge abwarfen (der Ausfall im Sommerreiseverkehr konnte durch eine relativ gute Herbstsaison nicht aufgeholt werden), war der saisonbedingte Überschuß in der Leistungsbilanz mit 2.286 Mill. S (einschließlich unentgeltlicher Leistungen) unerwartet

hoch (im Vorjahr betrug er nur 633 Mill. S). Nach den Ergebnissen in den ersten zehn Monaten zeichnet sich für das Jahr 1967 ein Leistungsbilanzdefizit von etwa 2 Mrd. S ab, gegen 4,9 Mrd. S im Jahr 1966.

Die gesamte Zahlungsbilanz wird 1967 voraussichtlich mit einem beträchtlichen Überschuß (etwa 5 Mrd. S) schließen, da mehr ausländisches Kapital aufgenommen wurde als je zuvor. Allein von Juli bis Oktober erreichten die kurz- und langfristigen Netto-Kapitalimporte 2.446 Mill. S. Die Saldendrehung in der Kapitalbilanz, die sich schon vor Jahresfrist anbahnte, wurde ursprünglich dadurch ausgelöst, daß Liquiditätsschwierigkeiten des heimischen Kreditapparates potente Kreditwerber auf die ausländischen Kapitalmärkte drängten, die sich bereits früher als die heimischen Finanzmärkte entspannt hatten. Der Zustrom ausländischen Kapitals hielt jedoch auch an, nachdem der heimische Kreditapparat wieder flüssiger wurde, teils weil bereits früher vereinbarte Auslandskredite abgerufen wurden, teils weil sich die Kreditnachfrage mit zunehmender Konjunkturabschwächung von Klein- und Mittelbetrieben zugunsten der öffentlichen Haushalte, öffentlicher Versorgungsunternehmungen und verstaatlichter Betriebe verschob, die meist große Beträge benötigen, die aus verschiedenen Gründen vom heimischen Kreditapparat nicht ohne weiteres bereitgestellt werden. Besonders stark hat der Bund seine Finanzierung von inländischen Finanzierungsquellen auf ausländische verlagert. Öffentliche Stellen nahmen in den ersten drei Quartalen per Saldo 2.270 Mill. S Kredite im Ausland auf, wogegen sie im Vorjahr 656 Mill. S getilgt hatten.

Im Gegensatz zu den Kapitalimporten hat sich die heimische Kreditexpansion merklich verflacht. Von Juli bis Oktober wurden 1.830 Mill. S zusätzliche Kredite beansprucht, um 2.610 Mill. S weniger als im Vorjahr. Die Zuwachsrate des Kreditvolumens, die zu Jahresbeginn noch 16,0% betragen hatte, sank bis Oktober auf 10,0%. Der heimische Wertpapiermarkt war etwas ergiebiger als im Vorjahr. Im 1. Halbjahr wurden 2.193 Mill. S und im 2. Halbjahr dank einer größeren Veranlagungsbereitschaft der Kapitalsammelstellen und zum Teil auch des Publikums weitere 2.995 Mill. S Anleihen untergebracht, um 177 Mill. S und 756 Mill. S mehr als im Vorjahr.

Die Überschüsse in der Zahlungsbilanz und die relativ geringe Beanspruchung im Inland steigerten die Liquidität der Kreditunternehmungen. Die zusätzlichen flüssigen Mittel wurden nur zum Teil dazu verwendet, die Nettoposition gegenüber der Notenbank (Erhöhung der Notenbankguthaben, Abbau der Verschuldung an die Notenbank) zu verbessern. Der größte Teil wurde kurzfristig im Ausland angelegt.

Von Ende Juni bis Ende Oktober wuchsen die kurzfristigen Auslandsguthaben der Kreditunternehmungen um 3.012 Mill. S, und ihre kurzfristigen Auslandsverpflichtungen verringerten sich um 395 Mill. S. Dennoch war die Devisenposition der Kreditunternehmungen Ende Oktober mit 171 Mill. S noch ungünstiger als in der Liquiditätsschwemme 1963 und 1964. Die Senkung der Mindestreserven im Oktober sowie die hohen Auslandskredite, die der Bund noch vor Jahresende aufnahm, erleichtern es den Kreditunternehmungen, die Zahlungsspitzen zu Jahresultimo zu finanzieren.

Dämpfung des Preis-Lohn-Auftriebes

Der Preis auftrieb hat etwas nachgelassen, doch zeichnet sich trotz der schwachen Konjunktur keine nachhaltige Beruhigung ab. Der Verbraucherpreisindex war im III. Quartal ebenso wie im 1. Halbjahr um 4,1% höher als im Vorjahr. Im Oktober sank die Teuerungsrate auf 3,9% und im November auf 3,3%. Die kurzfristigen Schwankungen wurden großteils durch die Saisonprodukte verursacht. Sie waren im III. Quartal um 7,5% teurer, im Oktober und November aber (u. a. dank einer guten Apfelernte) um 0,3% und 4,0% billiger als im Vorjahr. Scheidet man die Saisonprodukte aus, dann verringerte sich die Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex nur von 3,9% (III. Quartal) auf 3,7% (November).

Der zögernde Rückgang der Preissteigerungsrate ist um so auffallender, als sich der Lohnauftrieb merklich beruhigte und die Produktivität zumindest in der Industrie ziemlich kräftig wuchs. Die Erklärung liegt darin, daß im Laufe des Jahres zahlreiche amtlich geregelte oder kontrollierte Preise erhöht wurden. Zu Jahresbeginn wurden Milch und Brot (Abbau von Nahrungsmittelsubventionen) sowie verschiedene öffentliche Verkehrsmittel teurer, im September wurden die Rundfunkgebühren und die Kraftfahrzeug-Haftpflichtprämien kräftig hinaufgesetzt. Dementsprechend kosteten Mitte November amtlich preisregelte Waren und Leistungen um 9,2% mehr als im Vorjahr. Die Preise aller übrigen Waren und Leistungen stiegen nur um 1,6%, wobei die Preise für Dienstleistungen (zum Teil infolge von Lohnerhöhungen im Friseurgewerbe und anderen Dienstleistungszweigen im Laufe des Jahres) im allgemeinen stärker anzogen als die für gewerbliche Produkte. Verbrauchsgüter waren Mitte November nur um 2,1% und Gebrauchsgüter um 0,8% teurer als im Vorjahr.

Die Erhöhung der amtlich geregelten Preise im Laufe von 1967 weist auf ein wichtiges preispolitisches Problem hin. Diese Preise werden nur in größeren Zeitabständen und dann ziemlich kräftig erhöht, wobei die Steigerungen häufig in Zeiten schwacher Konjunktur vorgenommen werden und eine Beruhi-

gung des Preis-Lohn-Auftriebes erschweren. Die Zusammenarbeit der Sozialpartner muß daher durch eine Abstimmung zwischen privatem und öffentlichem Bedarf ergänzt werden. Das gilt um so mehr, als die öffentlichen Körperschaften auf längere Sicht zunehmend Aufgaben übernehmen und zumindest einen Teil ihrer zusätzlichen Ausgaben durch Erhöhung von Tarifen, Monopolabgaben oder indirekten Steuern decken müssen.

Zeit	Preise und Löhne				Tariflohnindex
	Verbraucherpreisindex I einschl. Saisonprodukte	Masseneinkommen insgesamt netto	Monatsverdienste der Industriebeschäftigten brutto	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ø 1965	+5,0	+3,4	+8,9	+ 8,9	
Ø 1966	+2,2	+3,4	+9,5	+12,0	
1967, I. Qu.	+4,1 ¹⁾	+4,9 ¹⁾	+9,8	+11,9	+10,4
II Qu.	+4,0	+4,4	+8,7	+11,4	+10,9
III. Qu.	+4,1	+3,9	+7,4	+ 5,2	+ 6,2
Okt./Nov.	+3,6	+3,9		+ 4,6	

¹⁾ Ab Jänner 1967 Index der Verbraucherpreise 66.

Der Auftrieb der Löhne wurde seit dem Sommer merklich geringer. Die Tariflöhne (Durchschnitt aus Gewerbe, Industrie und Handel) stiegen von Ende Juni bis Ende Oktober nur um 0,5%, hauptsächlich weil einige Gruppen des Gewerbes neue Tarifverträge abschlossen. Ihr Abstand zum Vorjahr sank von 10,8% auf 4,2%. Im Oktober waren die Tariflöhne in der Industrie nur um 1,6%, im Gewerbe jedoch infolge der Lohnerhöhungen im Laufe des Jahres um 6,3% und im Handel, wo bisher jeweils im Jänner neue Lohnvereinbarungen getroffen wurden, um 9,2% höher als im Vorjahr.

Die Konjunkturschwäche dämpfte die Lohndrift. Die Brutto-Monatsverdienste der Industrie stiegen 1966 noch merklich stärker als die kollektivvertraglichen Grundbezüge. In den ersten zehn Monaten 1967 verringerte sich jedoch der Abstand auf 1,1 Prozentpunkte (8,9% gegen 7,8%). Die Verdienste wurden vor allem durch Ausfälle von Überstunden geschmälert. Auch scheinen die Unternehmungen Sonderzahlungen nicht mehr so stark ausgeweitet zu haben wie bisher. Dagegen dürfte es den Arbeitnehmern im allgemeinen gelungen sein, die in den Kollektivverträgen vereinbarten Steigerungssätze der Mindestlöhne auch in den Verdiensten durchzusetzen. Da sich außerdem die Beschäftigtenstruktur zugunsten höher entlohnter Gruppen verschob, stiegen die Stundenverdienste der Industriearbeiter (ohne Sonderzahlungen) etwas stärker als die Tariflöhne (8,3% gegen 7,9%).

Im Herbst haben neue Kollektivvertragsverhandlungen begonnen, die inzwischen auf einen Großteil der Arbeitnehmer ausgedehnt wurden. Bisher liegen erst einige Abschlüsse vor. Ab 1. Dezember erhielten die Arbeiter in der Süßwarenindustrie sowie in der Obst-

und Gemüseverwertung um 7,3% höhere Tariflöhne. Am 1. Jänner werden die Lohnvereinbarungen in der Zuckerindustrie (+7%), im Speditionsgewerbe (Soll-Löhne +10%, Ist-Löhne +6%) und im Handel (Angestellte +5,5%, männliche Arbeiter +5,5%, weibliche Arbeiter +7%) wirksam. Für die Eisen- und Metallarbeiter wurden ab 1. Februar um 7% höhere Tariflöhne (Ist-Löhne Industrie +5%, Gewerbe +4½%) vereinbart. Obschon die bisher abgeschlossenen Verträge noch keine eindeutigen Schlüsse zulassen, dürften die Tariflohnerhöhungen im Durchschnitt 7% kaum überschreiten und damit geringer sein als die letzten Vereinbarungen (in der Industrie durchschnittlich 11%). In manchen Zweigen mit schlechter Absatz- und Ertragslage wird es zunächst nicht möglich sein, die Effektivverdienste ebenso wie die Mindestlöhne zu steigern.

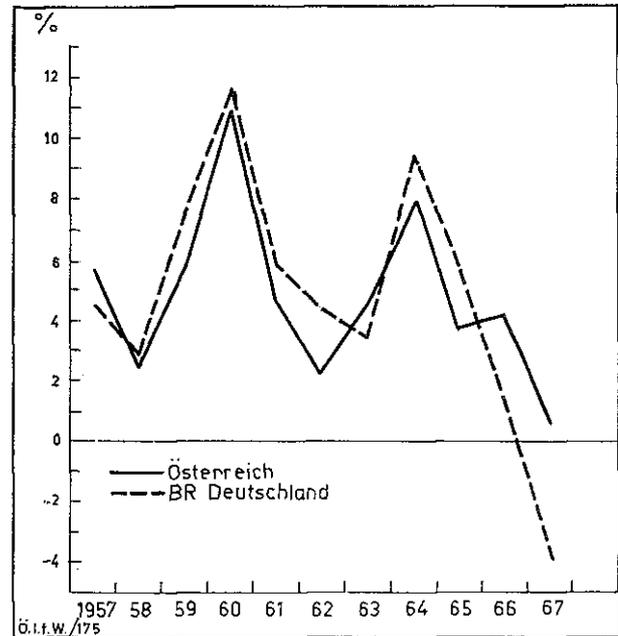
Vorschau auf 1968¹⁾

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Jahr 1968 läßt sich nur schwer schätzen. Zur Zeit liegen noch keine eindeutigen Anzeichen vor, daß die Konjunkturflaute zu Ende geht und sich ein neuer Aufschwung anbaut. Die Produktionserwartungen und Investitionspläne der Unternehmungen sind nach wie vor ziemlich pessimistisch, und die voraussichtlich größere Winterarbeitslosigkeit könnte die Konsumneigung der Arbeitnehmer dämpfen. Einzelne positive Symptome dürfen vorerst nicht überschätzt werden.

Andererseits zeichnet sich in den westeuropäischen Industriestaaten ein kräftigeres Wirtschaftswachstum ab. Die westdeutsche Konjunktur hat ihren Tiefpunkt bereits überschritten und wird sich 1968 wieder erholen (Ausmaß und Tempo des Aufschwunges sind allerdings noch umstritten). Auch in Frankreich und (ab Mitte 1968) in England werden bessere Ergebnisse erwartet. Die italienische Konjunktur dürfte anhalten und eher zu Überhitzungserscheinungen neigen. Verschiedene internationale Prognosegremien rechnen damit, daß das reale Brutto-Nationalprodukt in Westeuropa 1968 3,5% bis 4% wachsen wird, um etwa 1½ bis 2 Prozentpunkte stärker als 1967.

Die Belebung der internationalen und insbesondere der deutschen Konjunktur wird auch der heimischen Wirtschaft neue Impulse geben, wobei die mittelbaren Auswirkungen (auf Erwartungen und Ausgabenbereitschaft der heimischen Unternehmer und

Industrieproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich



Die Konjunkturwendepunkte der Industrieproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich fielen in den letzten zehn Jahren zusammen. Seit Mitte 1966 ging die deutsche Konjunktur stärker zurück als die österreichische, dürfte sich aber 1968 früher erholen.

Haushalte) wahrscheinlich höher zu veranschlagen sind als die unmittelbaren Auswirkungen (auf Export und Fremdenverkehr). Abweichend von den bisherigen Erfahrungen dürfte jedoch der untere Konjunkturwendepunkt in Österreich erst später als in Westdeutschland überschritten werden. Wichtige Konjunkturindikatoren, wie Auftragseingänge, Investitionserwartungen der Unternehmungen und Stellenangebote, lassen erkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich der westdeutschen nachhinkt. Wahrscheinlich wird sich die heimische Konjunktur erst im Frühjahr und möglicherweise sogar erst im Sommer 1968 erholen.

Die von der Weltkonjunktur zu erwartenden Auftriebskräfte könnten durch wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstützt werden. Der Manövrierspielraum der Finanzpolitik ist beschränkt, da der Bund schon 1967 ein beträchtliches Defizit in Kauf nahm. Nach vorläufigen Schätzungen dürfte der Brutto-Abgang 7,5 Mrd. S bis 8,0 Mrd. S und das inlandswirksame Netto-Defizit (ohne Schuldentilgungen und Transaktionen mit dem Ausland) etwa 4 Mrd. S erreichen. Das Bundesfinanzgesetz für 1968 sieht ein formales Defizit von 7,0 Mrd. S (inlandswirksames Defizit 3,2 Mrd. S) vor. Ferner wurde ein Eventualbudget von 2,4 Mrd. S erstellt, von dem die Hälfte bald nach

¹⁾ Die Vorschau wurde von der Arbeitsgruppe für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen im Institut mit Unterstützung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen erarbeitet. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Prognose trägt das Institut.

Jahresbeginn freigegeben werden soll. Berücksichtigt man, daß die Einnahmenschätzung eine relativ gute Konjunktur unterstellt, dann läßt sich etwa folgender Schluß ziehen: Das Normalbudget wird 1968 „expansiv“ wirken (das Defizit wird größer sein als 1967), wenn das reale Wirtschaftswachstum unter 2% zu sinken droht. Stärkere Konjunkturimpulse sind jedoch nur dann zu erwarten, wenn das Eventualbudget verwirklicht wird.

Von der monetären Seite stehen einer Konjunkturbelebung zur Zeit keine Hindernisse entgegen. Die Aktivierung der Zahlungsbilanz und die Senkung der Mindestreserven haben den Kreditapparat verflüssigt. Zahlungsbilanzprognosen sind erfahrungsgemäß besonders unsicher, da die Zahlungsbilanz sehr rasch auf die Entwicklung der Konjunktur und der Finanzierungsbedingungen im In- und Ausland reagiert. Der hohe Kreditbedarf des Bundes, der zu einem namhaften Teil im Ausland gedeckt wird, sowie der Umstand, daß die heimische Konjunktur der internationalen Konjunktur eher etwas nachhinken dürfte, lassen jedoch zumindest für die nächste Zeit weiterhin Zahlungsbilanzüberschüsse und damit eine relativ hohe Liquidität des Kreditapparates erwarten.

Je nachdem wie rasch die heimische Wirtschaft auf die internationale Konjunktur reagiert, ob das Wetter Landwirtschaft und Bauwirtschaft begünstigt und welche Maßnahmen die Wirtschaftspolitik trifft, zeichnet sich für 1968 ein *reales Wirtschaftswachstum von 2% bis 3%* ab. Die Obergrenze des Schätzbereiches wird allerdings voraussichtlich nur dann erreicht werden, wenn das gesamte Eventualbudget des Bundes verwirklicht wird und (oder) stärkere Impulse von der Weltkonjunktur ausgehen. Die Wachstumsrate wird demnach 1968 nicht nennenswert höher sein als 1967. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß das 2%ige Wachstum im Jahr 1967 hauptsächlich einer kräftigen Produktionsausweitung der Land- und Forstwirtschaft zu danken war, wogegen 1968 eine Belebung der gewerblichen Produktion bei etwa gleichbleibender Agrarproduktion zu erwarten ist. Außerdem dürften die Wachstumsraten im Lauf von 1968 eine steigende Tendenz haben.

Die Untergrenze des voraussichtlichen Wachstums von 2%, die zumindest gegenwärtig noch realistischer erscheint als die Obergrenze, wurde aus folgenden Schätzwerten für die wichtigsten Nachfrageströme abgeleitet:

Der *Warenexport* wird 1968 voraussichtlich etwas schwächer steigen als 1967 (nominell um etwa 6,5% gegen 7,5%). Zwar werden die Bundesrepublik Deutschland und vermutlich auch Frankreich, Italien und einige andere westeuropäische Länder mehr

österreichische Waren kaufen als in diesem Jahr. Andererseits begrenzen die verstopften Clearingkonten die Ostexporte. Auch könnten unrentable Notexporte unterbleiben, wenn sich der Inlandsabsatz belebt. Vor allem aber schmälert die Abwertung des englischen Pfundes und einiger anderer Währungen die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Die Einbußen im Gebiet mit abgewerteten Währungen und auf Drittmärkten dürften groben Schätzungen zufolge 1% bis 1½% der gesamten Ausfuhr erreichen. Die Einführung der Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik Deutschland und die Beseitigung der restlichen Binnenzölle in der EWG bilden weitere Exporthemmnisse, die nur teilweise durch die Zollsenkungen in der Kennedy-Runde ausgeglichen werden dürften.

Im *Ausländer-Fremdenverkehr* dürfte die Stagnation vom Sommer 1967 überwunden werden (Deviseneinnahmen brutto +7%). Die Bestellungen versprechen eine gute Wintersaison. Für den Sommer werden wieder mehr deutsche Gäste erwartet. Die Abwertung in Großbritannien und Spanien läßt allerdings in Tirol (geringere Ausgaben der englischen Besucher) und Kärnten (Verlagerung des Sommerreiseverkehrs zugunsten von Spanien) Einbußen befürchten.

Die *Warenimporte* werden 1968 wieder steigen (nominell +5%). Die Einfuhr von Rohstoffen, Maschinen und Verkehrsmitteln, die 1967 eine rückläufige Tendenz hatte, dürfte sich wieder erholen. Landwirtschaftliche Produkte werden zumindest gleich viel importiert werden wie 1967, obwohl der Zuschußbedarf an Futtermitteln infolge der Verfütterung von Weizen bis Jahresmitte sehr gering sein wird. Die steigende Tendenz der Importe von Konsumfertigwaren dürfte anhalten. Einen importdämpfenden Effekt wird die Erhöhung der Ausgleichsteuer haben.

Die *Investitionen* dürften auch 1968 der schwache Punkt der heimischen Wirtschaft bleiben. Nach den Ergebnissen im Investitionstest planen Industrie (—7%) und Bauwirtschaft (—16%) weitere Investitionskürzungen, die allerdings nicht mehr so stark ausfallen werden wie 1967. Energiewirtschaft (+6%) und Stadtwerke (+13%) werden etwas mehr investieren. Zusätzliche Impulse werden vom Bau der AWP-Pipeline ausgehen. Auch die Landwirtschaft dürfte einen Teil der relativ guten Erträge von 1967 zum Kauf von Traktoren und Landmaschinen verwenden. Der Bund wird (einschließlich Investitionsförderung) 1968 real nur etwa gleich viel investieren wie 1967, wenn das Eventualbudget zur Hälfte verwirklicht wird. Die Landesbudgets sehen höhere Investitionen vor, die zum Teil auf dem Kreditweg finanziert werden müssen. Die Gemeinden (mit Ausnahme einiger großer Städte) dürften ihre Ausgaben

eher den Einnahmemöglichkeiten anpassen. Im Wohnungsbau verursacht der Übergang der öffentlichen Förderung vom Bund auf die Länder organisatorische Schwierigkeiten, doch dürfte dank Vorfinanzierungen annähernd das Bauvolumen vom Jahr 1967 gehalten werden können, sofern nicht die privaten Bauaufträge stärker zurückgehen. Über die Investitionen des Gewerbes und der verschiedenen Dienstleistungsbereiche, die in den letzten Jahren stets überdurchschnittlich stiegen, liegen keine Informationen vor. Wahrscheinlich werden die Investitionen der Gesamtwirtschaft real nur knapp den Vorjahresstand übersteigen, es sei denn, daß das Eventualbudget voll verwirklicht wird oder günstigere Konjunkturerwartungen die Unternehmungen relativ kurzfristig zu einer Revision ihrer Investitionspläne veranlassen.

Von der *Lagerwirtschaft* könnten mäßige Impulse ausgehen, da die Lager-Umsatz-Relation in vielen Bereichen unter den Normalwert gesunken ist. Eine nennenswerte Aufstockung der Vorräte wäre allerdings nur zu erwarten, wenn die Unternehmungen ihre Absatzchancen günstiger beurteilen und sie rechtzeitig darüber informiert werden, wann die Mehrwertsteuer eingeführt wird und ob die auf den

Vorräten lastende Umsatzsteuer weiter verrechnet werden kann. Als grober Anhaltspunkt wurde angenommen, daß sich die Lager-Umsatz-Relation 1968 nicht ändern wird. Danach würden die Vorräte an gewerblichen Produkten, die 1967 absolut gleich blieben, um etwa 1 5 Mrd. S steigen.

Die *Konsumausgaben* der privaten Haushalte dürften 1968 stärker steigen als die Ausgaben der Unternehmungen für Vorräte und Anlageinvestitionen. Die reale Zuwachsrate wird jedoch voraussichtlich mit etwa 3% etwas geringer sein als 1967. Diese Schätzung geht davon aus, daß der Effekt der Lohnsteuersenkung großteils durch die Erhöhung der Umsatz- und Ausgleichsteuer sowie der Sozialversicherungsbeiträge ausgeglichen wird. Obwohl die Transfereinkommen und die Lohnsumme der öffentlich Bediensteten stärker steigen werden als die Lohnsumme der Unternehmungen, wird zwischen der Steigerung der Netto-Masseneinkommen (7 5%) und der Verbraucherpreise (3 5% ohne Saisonprodukte) nur eine etwa gleich große Spanne bestehen wie 1967. Der Konsum der Selbständigen dürfte kaum zunehmen, und die Sparneigung der Unselbständigen wird voraussichtlich etwas höher sein.